

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Verlagspreis: pro Haus monatlich 2,30 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,50 Reichsmark (ohne Aufstellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-4 / Geschäftsstelle und Redaktion: Oberbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 4,15 RM, in Ausnahmefällen 3,20 RM für die Restamzelle anschließend an den dreißigjährigen Zeit einer Zeile mit 10 RM, Anzeigen-Nachnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-4, Oberbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Freitag den 21. März 1930

Nummer 68

Sächsische Industrielle, Gewerkschaftsbürokratie und „linke“ SPD in gemeinsamer Front gegen Lohnerhöhung Rechnet ab bei den morgigen Betriebsrätewahlen!

Dresden, den 21. März 1930.

In einer Eingabe an das Gesamtministerium verlangt der Landesausschuh sächsischer Arbeitgeberverbände, daß die Staatsgewalt mit Hilfe des Schlichtungswesens auf eine allgemeine Senkung der Löhne hinwirken möge. Die hohe Löhne seien schuld an der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit.

Die „linke“ sächsische SPD-Presse kommentiert diesen Unternehmervorstoß mit den Worten: „Die freien Gewerkschaften werden den Herren Arbeitgebern auch diesmal die Antwort nicht schuldig bleiben und nötigenfalls den Widerstand der Arbeiter und Angestellten gegen die unverschämten Pläne der Unternehmer mobilisieren.“

Ein alarmierendes, nichts würdiges Spiel wird hier gespielt. Unternehmer, Gewerkschaftsbürokratie und sozialdemokratische Presse mischen einander die Karten gegen die Arbeiter. Denn was bedeutet der Unternehmervorstoß? Wir lassen die Scharfmacher selbst sprechen. In der Frankfurter Zeitschrift „Der deutsche Maschinenmarkt, Allgemeines Anzeiger für Deutschlands Industrie, Handel“, vom 11. März dieses Jahres heißt es:

„... Im März d. J. lausen 84 Lohnsätze mit 20 Prozent der Gesamtanzahl und einer Arbeiterzahl von 655 000 Personen ab. Im April kommen weitere 21 Tarife mit 416 000 Arbeitern zum Ablauf. Über 1,3 Millionen Arbeitnehmer stehen demnach in den nächsten beiden Monaten vor der Frage, ob sie die abgelaufenen Tarife zu den alten Bedingungen erneuern, oder ob sie neue Lohnforderungen erheben wollen. Nun hat zwar insofern schon eine gewisse Dämmung der Anforderungen stattgefunden, indem man sich in gewerkschaftlichen Kreisen von der Theorie der erhöhten Kaufkraft durch erhöhte Löhne abzulenken beginnt. Selbst in den „sozialistischen Monatsheften“, dem wissenschaftlichen Organ der Sozialdemokratischen Partei, war unlängst zu lesen, daß eine Forderung des allgemeinen Verbrauchs nicht zu einer Erhebung der wirtschaftlichen Krise führen kann, sondern höchstens eine Scheinbrücke zu erzeugen imstande ist.“

Da ja die gewerkschaftliche Lohntheorie auch auf dem Grundlag der Konjunkturtheorie basiert, aber nur dann, wenn eine ihnen ähnliche Konjunktur vorhanden ist, so müßte die deutsche Wirtschaft eigentlich zu einem allgemeinen Lohnabbau schreiten, um die Folgen der Depression schneller überwinden zu können. Zum mindesten aber liegt hier vor, also erstelle vor der Erhebung neuer Lohnwünsche zu warnen, deren Folgen im gegenwärtigen Zeitpunkt unabsehbar wären.“

Der Sinn dieser Ausführungen ist also in kurzem: Die Lebensmittelpreise und steuerliche Massenbelastung entwickeln sich sprunghaft nach oben. Das reale Lohnvermögen sinkt von Tag zu Tag. Die Arbeiter verlangen mit aller Entschiedenheit Lohn-erhöhung, Kündigung der Hungertarife. Nach bekannter Methode versuchen die Scharfmacher diesen Vorstoß der Arbeiter zu verhindern, indem sie ihrerseits die Lohnherabsetzung fordern. Damit wird die Position der Gewerkschaftsbürokratie vor den Arbeitern erleichtert, indem sie bei einer neuerlichen Verlängerung der abgelaufenen Hungertarife den Arbeitern sagen kann: „Seht, wir haben den Unternehmervorstoß abgewehrt. Um nicht einer Lohnherabsetzung zu unterliegen, müßten wir die bestehenden Tarife verlängern.“

Daß die Praxis der sächsischen Gewerkschaftsbürokratie in dieser Linie verläuft, zeigen die in den letzten Wochen gestellten Tarifabschlüsse. Der Lohnsatz für die sächsischen Gemeindegewerkschaften ist bis zum 31. März 1931 verlängert worden. Das gleiche bei den Steinarbeitern, ebenfalls bei den Textilarbeitern. Nach dem Willen der Bürokratie soll es also trotz Teuerung und neuer Massenentweren, trotz verschärfter Ausbeutung in den Betrieben und unerschörter Unternehmerrückgewinn bei den Hungertarifen bleiben.

Diese unerhörte Lohnpolitik der Bürokratie wird, wie das oben wiedergegebene Zitat aus der sächsischen SPD-Presse zeigt, von den „linken“ Sozialdemokraten verteidigt. Sie wollen nur „nötigenfalls den Widerstand der Arbeiter

und Angestellten gegen die unverschämten Pläne der Unternehmer mobilisieren“. Ihre Koalitionsbereitschaft mit der Volkspartei, ihre Zustimmung zum Youngplan verpflichtet. Auch sie wollen Verlängerung der Hungertarife und verteidigen ihre Lohnpolitik hinter einer tabulierten, nichts sagenden Phrase.

Aber die Arbeiter wollen leben! Sie wollen höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Sie wollen Kündigung der Hungertarife und den unverschämten Unternehmerforderungen die Aktion um Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung entgegenstellen.

Unter diesem Gesichtswinkel gewinnen die morgen und in den nächsten Tagen in ganz Deutschland stattfindenden Betriebsrätewahlen erhöhte Bedeutung.

Wer die Vertrauensleute der Gewerkschaftsbürokratie wählt, wählt Hungertarife auf Jahre hinaus.

Wer rote Betriebsräte wählt, wählt Kampforgane zur Durchbrechung der Hungertarife, zum Kampf um Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung.

Darum gilt morgen und in den nächsten Tagen die Parole in allen Betrieben, wo rote Wahlen aufgestellt sind: Es wird nur die rote Liste gewählt!

Tarifierhöhung bei Dormmüller?

Berlin, 21. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach der Verhandlung der Youngkette, so meldet III, ist die Frage einer Erhöhung der Reichsbahntarife wieder akut geworden. Die Verträge der Reichsbahnverwaltung, die schon seit Monaten bei der Reichsregierung liegen, werden jetzt durchgesehen werden. Die Reichsbahnbehörden machen schon die entsprechenden Vorkläufe.

Die Geldsäcke stücken Fried

Ohrfeigen für Sebering / Thüringer Volkspartei für das faschistische Regime

Berlin, 21. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Auf die Sperrung der Geldsäcke durch die Reichsregierung hat das Thüringische Kabinett mit einer Erklärung geantwortet, die der Staatsminister Baum im Thüringer Landtag gestern zur Vorlesung brachte. In dieser auch von der Deutschen Volkspartei gebilligten Erklärung weist die Thüringer Regierung die Maßnahmen der Reichsregierung „mit Entschiedenheit zurück“. Das Staatsministerium habe bei der Landespolizei gar keine personellen Veränderungen vorgenommen, und wenn auch der Brief Seberings der sich nach der Verhaftung des sächsischen Jugendbundes „Adler und Falken“ erkundigte, ohne Antwort geblieben sei, so gebe das dem Reichsminister kein „Recht“, die Geldüberweisungen einzustellen.

Der Ausbruch des Konfliktes zwischen der Koalitionsregierung im Reich und der sächsischen Regierung in Thüringen, die übrigens beide beziehungsweise durch Teilnahme der Deutschen Volkspartei sowohl in dem sächsischen als auch in dem sozialdemokratisch geführten Reichskabinett miteinander verbunden sind, gerade in diesen Tagen ist kein Zufall. Eben erst hat Fried im Thüringer Landtag ein Ermächtigungsgesetz vorgelegt, das den Abbau des parlamentarischen Verfassungsrechtes und der Gemeindefürsorgeverwaltung sowie eine verschärfte kapitalistische Nationalisierung des Staatsapparates vorseht. Dagegen hat Herr Sebering natürlich nichts einzuwenden, damit ist er sogar einverstanden. Ihn ärgert nur, daß das sozialdemokratische Polizeimonopol angeht und von Fried in ein faschistisches umgewandelt wird.

Herr Sebering hat die härteste kämpfende Kraft gegen die Nationalsozialisten, den Roten Frontkämpferbund und die Antifaschistischen Jungen Garben, verbotten, aber die Sturmabteilungen Hitlers hat er unangefastet gelassen. Wer so die Faschisten begünstigt, kann lange warten, bis die Arbeiter ihm die Ernsthaftigkeit seines Vapierkrieges glauben.

Um so dringender hat die kommunistische Partei vor allem in Thüringen die Pflicht, den organisierten revolutionären Widerstand gegen das Faschistregime zu ent-

Das Zuchthausgesetz vor der Verkündung

Der Reichstag nahm gestern von der Annahme des Republikstrafgesetzes durch den Reichstag Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben. Der Gesetzesentwurf wird jetzt zur Unterschrift an Hindenburg gehen. Durch ihn wird dann das Gesetz verkündet werden, womit das schlimmste Zuchthausgesetz gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, das mit den Stimmen der „linken“ Sozialdemokraten im Reichstag angenommen wurde, in Kraft tritt.

Empörung gegen verlängerten Hungertarif

Mannheim, 21. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Der von den Reformisten am 8. März für das sächsische Textilgewerbe angenommene Schiedspruch, der den alten schlechten Tarifvertrag unverändert wieder in Kraft setzt, hat bei den Arbeitern große Empörung ausgelöst. Bei der Vereinigten Textilmannschaft und Weber AG in Mannheim-Waldhof weigerten sich die Arbeiter einer Abstellung, zu den alten Bedingungen zu arbeiten und traten, nachdem die Verhandlungen ergebnislos blieben, in den Streik. Die Verwaltung hat nunmehr nach weiteren Verhandlungen die gesamte Belegschaft von 1100 Arbeitern und Arbeiterinnen ausgesperrt.

Ärgerhöchster Befehl

Berlin, 21. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die heutige Morgenausgabe des „Berliner Tageblattes“ bringt eine Meldung, bei der es sich um ein Druckmittel auf die Verhandlungen über die Finanzreform handelt. Darin wird die Notwendigkeit der Mitverantwortung der Sozialdemokratie an der Finanzreform damit begründet, daß sich dann die Lage in Deutschland schneller und besser beruhigen würde. Auch Hindenburg sei dieser Auffassung, denn er habe unter Androhung der Reichstagsauflösung die Erledigung der Finanzreform in den nächsten 14 Tagen gefordert.

Wies Hindenburg befiehlt die Durchführung des Massenbelastungsprogramms unter „Führung“ der Sozialdemokratie im Interesse der kapitalistischen Ruhe und Ordnung. Deutlicher kann wohl kaum noch die Rolle der Sozialdemokratie als Interessensvertreterin der Kapitalisten gezeigt werden.

Heute 19.30 Uhr Kegierheim Friedrichstr. Protestkundgebung gegen das Zuchthausgesetz und Knebelung der kommunistischen Presse